

# EU-Sanktionen gegen fünf weitere russische Medieneinrichtungen

**IRIS 2023-7:1/4**

*Amélie Lacourt  
Europäische Audiovisuelle Informationsstelle*

Am 25. Februar 2023 verabschiedete der Rat der Europäischen Union sein zehntes Sanktionspaket gegen Russland, mit dem zwei in arabischer Sprache ausgestrahlte Kanäle verboten wurden (siehe: IRIS 2023-3:1/2). Vier Monate später, am 23. Juni, wurden fünf weitere Medieneinrichtungen im Rahmen des elften Sanktionspakets des Rates gegen Russland wegen seines anhaltenden illegalen Krieges gegen die Ukraine mit einem EU-Verbot belegt.

Die Sendelizenzen von RT Balkan, Oriental Review, Tsargrad, New Eastern Outlook und Katehon wurden ausgesetzt; die Sender dürfen also nicht mehr in der EU senden. Diese Entscheidung erging mit dem Ziel, Desinformation zu bekämpfen. Der Rat stellt fest, dass diese Medieneinrichtungen „unter der ständigen Kontrolle der russischen Führung“ stehen und an der Verbreitung von Fehlinformationen und Propaganda beteiligt sind, was nach Ansicht des Rates „eine erhebliche und unmittelbare Bedrohung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit der Union darstellt“. Diese Entscheidung wurde im Einklang „mit den in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannten Grundrechten und -freiheiten, insbesondere dem Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit gemäß Artikel 11 dieser Charta“ getroffen.

Alle Maßnahmen und Sanktionen, die im Rahmen der Sanktionspakete gegen Russland im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ergriffen wurden, sollten eingestellt werden, sobald „Russland und die mit ihm verbundenen Medieneinrichtungen keine Propagandaaktionen mehr gegen die Union und ihre Mitgliedstaaten durchführen“.

## ***Council Regulation (EU) 2023/1214 of 23 June 2023 amending Regulation (EU) No 833/2014 concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine***

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=OJ:L:2023:159I:FULL>

*Verordnung (EU) 2023/1214 des Rates vom 23. Juni 2023 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren*

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L:2023:159I:FULL>

